



Armin Schuster

Die Entnazifizierung in Hessen 1945–1954

Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit

1999. X, 438 Seiten, geb. € 19,-. ISBN 978-3-930221-06-6

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 66; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, Bd. 29

Die „Entnazifizierung“ gehört zu den umstrittensten Kapiteln der deutschen Nachkriegszeit. Rigoroser als in anderen Besatzungszonen drängte die amerikanische Militärregierung 1945 auch in Hessen auf die Entlassung von Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst und aus der Wirtschaft. Nach einer Periode „wilder“ Säuberungen und des „automatischen Arrests“ sollte das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 für ein gerechteres Verfahren sorgen. Fast eine Million hessischer Bürgerinnen und Bürger mussten einen Fragebogen ausfüllen. Hunderttausende sahen einem Verfahren vor einer der über 100 hessischen Spruchkammern entgegen, die als „Sühnemaßnahmen“ Arbeitslager, Berufsverbote oder Geldbußen verhängten.

Der Verfasser schildert die Entstehungsgeschichte des „Befreiungsgesetzes“ ebenso eingehend wie die Praxis der Spruchkammerverfahren und die Verhältnisse in den Internierungs- und Arbeitslagern. Er behandelt die unterschiedliche Haltung der deutschen Parteien gegenüber der Entnazifizierung, aber auch die widersprüchliche Politik der amerikanischen Militärregierung, die mit ihrem Perfektionismus die Verantwortung für die kaum zu bewältigenden Massenverfahren trug, jedoch Anfang 1948 plötzlich auf die baldige Einstellung der Verfahren drängte, weil die amerikanische Öffentlichkeit jetzt in ihnen ein Hemmnis für den Wiederaufbau erblickte.

Während die „Mitläufer“ in den öffentlichen Dienst und in die Wirtschaft zurückkehrten, hatte mancher Mitarbeiter der nach 1949 aufgelösten Spruchkammern Mühe, eine andere Stelle zu finden. Die vorliegende wissenschaftliche Studie schildert ebenso anschaulich wie umfassend die vielfältigen Probleme, die sich in Theorie und Praxis der Spruchkammerverfahren vor allem durch die unterschiedlichen Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht und der deutschen Politiker ergaben. Sie wertet Archivadokumente ebenso wie die zeitgenössische Presse in vorbildlicher Weise aus. Die allgemeinverständliche Darstellung wendet sich nicht nur an Historiker, Politologen und Lehrer, sondern auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

*Anschrift und Auslieferung: Historische Kommission für Nassau,
Mosbacher Straße 55, D-65187 Wiesbaden,
Tel. 0611/881-0,-111, Fax 0611/881-145, E-Mail: poststelle@hhstaw.hessen.de*